

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 14./15.10.2021

Zur 3. Sitzungsperiode des neu gewählten Landtages standen 17 Themen auf der Tagesordnung, über die am 14. und 15. Oktober debattiert und abgestimmt wurde.

#Regierungserklärung

In seiner ersten Regierungserklärung unter dem Titel „Wir gestalten Sachsen-Anhalt. Stark. Modern. Krisenfest. Gerecht. Chancen nutzen, Risiken minimieren – für ein modernes und krisenfestes Land“ blieb der wiedergewählte Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff den Menschen in Sachsen-Anhalt viele Antworten schuldig. Das fand auch die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern* in ihrer Rede, in der sie unter anderem sagte: „Sie haben heute eine weitere Chance verpasst, Klartext zu sprechen und die Frage zu beantworten, wie Sie den Problemstau in Sachsen-Anhalt auflösen wollen.“ Sie kritisierte unter anderem, dass das Regierungsprogramm mangels konkreter finanzieller Unterbreitung unverbindlich wäre, eine nüchterne Bilanz und schlüssiges Leitbild für politisches Handeln fehlten. Und sie stellte die Frage, mit welchen Kürzungen die Menschen in diesem Land zu rechnen hätten, weil die Landesregierung weiter an der schwarzen Null festhalte. Da sei intransparent für die Menschen im Land.

„Armut ist nicht gerecht und die Tatsache, dass Sie sich im Koalitionsvertrag lediglich darauf einigen konnten, sich im Bund positiv in die Debatte zur Einführung der Kindergrundsicherung einbringen werden, ist ein Armutszeugnis“, so die Fraktionsvorsitzende. Sie betonte, dass die Gewinner der Krise zur Kasse gebeten werden sollten, da für DIE LINKE klar sei, dass in einer gerechten Gesellschaft die Starken für die Schwachen einstehen müssten.

#Fähren

Beteiligung des Landes an den Kosten der landesbedeutsamen Fähren

Bereits im Februar 2021 habe die Fraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur finanziellen Unterstützung der Fähren im Land vorgelegt. Dieser wurde jedoch nicht mehr bis zu Ende diskutiert. Daher hat die Linksfraktion diesen in der neuen 8. Legislatur erneut eingebracht. Fähren werden derzeit nahezu ausschließlich von den Gemeinden betrieben, obgleich sie überwiegend Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen miteinander verbinden. Die Betreiberkosten sind zunehmend defizitär, z. B. aufgrund von Niedrigwasserphasen. Der mangelnden Betriebswirtschaftlichkeit des Fährbetriebs stehen die touristischen, ökologischen und Nutzer*innenfreundlichen Vorteile gegenüber. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung an den Kosten der landesbedeutsamen Fähren soll den Kommunen durch eine finanzielle Beteiligung des Landes eine Perspektive gegeben werden. Denn, so der für den Landkreis Stendal zuständige Abgeordnete *Wulf Gallert*, die Gemeinden seien mit den Kosten völlig überfordert. Deshalb unser Vorschlag, der mit den betroffenen Kommunen bereits diskutiert wurde: Die Landesregierung übernimmt aus Landesmitteln die Revisionskosten zu 100 Prozent sowie die Defizite der Betriebskosten zur Hälfte, also 50 Prozent.

#Aktuell debattiert

Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Preisentwicklung bei Erdgas

Aufgrund der aktuellen Preisentwicklung für Erdgas auf den internationalen Märkten und deren Auswirkungen auf das Land Sachsen-Anhalt hat die Linksfraktion eine aktuelle Debatte beantragt. So hat das Stickstoffwerk Piesteritz angekündigt seine Produktion zu drosseln bzw. einzustellen, mit Auswirkungen auf die Bereitstellung von Düngemitteln und Zusatzstoffen für Dieselmotoren. Mit besonderer Sorge sieht die Linksfraktion die Entwicklung der Gaspreise für Verbraucher*innen. Müssten diese in der bevorstehenden Jahreszeit frieren, fragte die *energiepolitische und für*

Verbraucherschutz zuständige Sprecherin, Kerstin Eisenreich. Sie verwies in ihrer Rede auf das seit Jahren ungelöste Problem der Energiearmut. Das räche sich in der aktuellen Situation. Es brauche daher umgehend klare politische Signale wie die Senkung von Steuern und Abgaben, aber eben auch staatliche Garantien durch Kostenzuschüsse für die betroffenen Menschen. Und deutlich werde auch, dass der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien dringend notwendig ist, denn ein Zurück zu fossilen Brennstoffen sei der völlig falsche Weg. Gleichzeitig sehe die Linke, dass es falsch sei, die Organisation der Energieversorgung dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Denn wir sehen diese als Daseinsvorsorge und Grundrecht an. Die Märkte hätten sich jedoch längst schon über das Wohlergehen der Menschen und die Bewahrung ihres Lebensraumes hinweggesetzt.

#Hochschulen

Betrug am Bund beenden – Hochschulen und Studentenwerke finanzieren und fördern

Am Beispiel der Martin-Luther-Universität Halle, zeigte der *hochschulpolitische Sprecher Hendrik Lange*, wo die Probleme der Finanzierung der Hochschulen im Land liegen und welche Folgen dies haben. So legte im Mai 2021 das Rektorat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen Grundsatzbeschluss zur Streichung von 100 Stellen, Schließung von Instituten, Aufhebung von Studiengängen sowie weitere Straffungen in der Hochschulstruktur vor – ein Kahlschlag in Lehre und Forschung. Dagegen hat sich auch Widerstand formiert. Da sich aber die Landesregierung hier nicht bewege, hat die Linksfraktion mit ihrem Antrag konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht. Ein Abbau jeglicher Hochschulstruktur ist jedoch kontraproduktiv, stattdessen müssen bestehende Mittel richtig verwendet und insbesondere aufgestockt werden. Zugleich müsse ein Hochschulstrukturplan für das Land her, der gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt werden müsse. Ein großer Teil der Bafög-Mittel sei nicht in die Wissenschaft geflossen, sondern versickerte im Gesamthaushalt. Der gleiche Effekt ist bei Mitteln aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ zu beobachten. So erfolgt aus den Bundesmitteln ein Vorabzug wie bspw. für die Lehrer*innen-Bildung. „Die Kofinanzierung [der Hochschulen] muss zusätzlich sein. Denn damit wären wir auf einen Schlag alle Probleme los. So geht verantwortungsvolle Hochschulpolitik.“

Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

#Willkommenskultur

Für ein willkommensfreundliches Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt sei für die meisten Ausländerinnen und Ausländer nur eine Durchgangsstation. Zu diesem Ergebnis ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gekommen. Denn das Land verliere dadurch dringend benötigte Potenziale für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Mit ihrem Antrag will die Fraktion die Partizipation von Migrantinnen und Migranten stärken, bürokratische Hindernisse abbauen und Bildungsangebote verbessern. Die *migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade* sagte in ihrem Debattenbeitrag: „meine Fraktion geht das Thema Zuwanderung und Migration etwas anders an, als es der Tenor dieses Antrages ist. Wir schauen nicht zuerst auf die im Antrag angeführten Nützlichkeitsüberlegungen, sondern folgen grundsätzlich der Idee, die u.a. der Bürgermeister von Palermo [...] mit der Charta von Palermo vertritt. Migration und Freizügigkeit sollten endlich als Menschenrechte begriffen werden, statt als abzuwehrendes Problem, das man möglichst verhindern will.“

Henriette Quade sagte abschließend: „Integration und moderne Zuwanderung kann nicht heißen, dass Migrantinnen die schlecht bezahlten Jobs machen und sie nur dann, wenn sie bereit sind, das zu tun, willkommen sind. Nein, natürlich gehören Zuwanderungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zusammen, und zwar ausdrücklich im Interesse aller. Ja, natürlich haben wir Überzeugungen, die sehr viel weiter gehen als die Maßnahmen, die in dem Antrag zu Recht eingefordert werden, aber auch durch und durch pragmatisch sind. Ich sage für meine Fraktion sehr klar: Auch in dieser Legislaturperiode werden wir alles, was in die richtige Richtung geht und dabei hilft, die Lage für Zugewanderte in Sachsen-Anhalt zu verbessern, grundsätzlich unterstützen. Dass es zugleich eine

der Zukunftsfragen für dieses Land ist, haben eigentlich alle erkannt. Die Landesregierung unter der Führung der CDU wäre tatsächlich sehr gut beraten, diese nicht länger ideologiegeleitet zu blockieren.“

#Verbraucher- und Umweltschutz

Reparieren statt Wegwerfen

Für die Einführung eines Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild in Sachsen-Anhalt setzt sich die Linksfraktion mit einem Antrag ein. „Allein in diesem Jahr fielen weltweit 57 Millionen Tonnen Elektroschrott an“, sagte die für Verbraucherschutz zuständige Sprecherin, **Kerstin Eisenreich**. Die Menge an Elektroschrott wachse jährlich um drei bis fünf Prozent und nur 17,5 Prozent werden tatsächlich recycelt. Das sei eine Verschwendung von Rohstoffen wie Metallen, Wasser, Chemikalien und anderem, eine Verschwendung von Energie und menschlicher Arbeitskraft, die zur Herstellung der Produkte eingesetzt wurden. Eine längere Nutzungsdauer von Elektrogeräten spare CO₂ und reduziere den Verbrauch von Rohstoffen.

„Also sind Geräte, die länger halten und bei Bedarf repariert werden können, für viele Menschen nicht nur für den eigenen Geldbeutel wichtig, weil sie sich nicht dauernd neue Produkte leisten können, sondern eben auch, weil sie sich diese aus Umweltschutzgründen nicht leisten wollen. Zudem ist vielen Menschen, gerade hier im Osten, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wertschätzung für die Produkte und die Arbeit für ihre Herstellung wichtig. Sie empfinden nämlich das Wegwerfen tatsächlich als allerletzte Option.“, so Eisenreich weiter.

Gerade bei älteren Elektrogeräten scheinen die Reparaturkosten im Vergleich zum Neukauf oft unverhältnismäßig hoch zu sein. Daher will Fraktion DIE LINKE in Abstimmung mit der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt ein möglichst einfaches und verständliches Reparatur-Bonus-Programm auflegen, in Anlehnung an das Thüringer Programm aber auch anderer Länder wie Österreich. „Dafür sollen Reparaturkosten in Höhe von 50 % der Bruttoreparaturrechnung für ein Elektrogerät erstattet werden, maximal 100 € pro Verbraucherin oder Verbraucher und Jahr. [...] Wir sehen auch Kinder als anspruchsberechtigt an. Denn bekanntlich nimmt die Nutzung von elektrischen Geräten mit der Anzahl von Personen im Haushalt zu und damit auch die Anfälligkeit für Defekte. Dieses Verfahren soll also die Verbraucherinnen und Verbraucher motivieren, eine Reparatur einer Neuanschaffung vorzuziehen, um Umwelt, Klima und auch Ressourcen zu schonen, und vor allem Haushalte, die sich weder eine Reparatur noch ein Neugerät leisten können, entlasten.“

Zur Umsetzung gehört ausdrücklich auch die angemessene personelle, sächliche und finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale. Letztendlich sei der vorgeschlagene Reparaturbonus ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des regionalen Handwerks, regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Wertschöpfung.

Dieser Antrag fand im Grundanliegen zahlreiche Unterstützer*innen in den anderen Fraktionen und wurde zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 22. Oktober 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Oktober 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.